

Fachgespräch „Neue Wege in der politischen Bildung“ der anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen in Thüringen

Am **Donnerstag, den 15.11.2018** fand im Thüringer Landtag ein politisches Fachgespräch statt, welches durch die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen initiiert wurde.

Thema des Fachgespräches war die **politische Bildung**, die im besonderen Fokus der anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen steht. Es wurden **trägerübergreifend** in diesem Feld die Themen, Formate und unterschiedlichen methodischen Ansätze in der anerkannten Erwachsenenbildung vorgestellt.

Durch Frau Dr. J. Stückrad wurde ein Input unter dem Titel „Ich schimpfe nicht, ich sage nur die Wahrheit“ gegeben.

Neben den Vertreter*innen der Regierungsfractionen diskutierten der wissenschaftliche Experte für politische Bildung aus der CDU-Fraktion, Vertreter der Wissenschaft und des Projektes Thüringen 19-19 sowie Vertreter*innen aus den Kommunen mit den Projektakteur*innen der Einrichtungen über die Herausforderungen und Erfahrungen bei der Umsetzung politischer Bildung. Es wurde deutlich, wie wichtig niederschwellige demokratieunterstützende Angebote sind, wobei die Politiker in diesem Zusammenhang die Vielfalt bei Themenauswahl, Zielgruppen und Formaten würdigten.

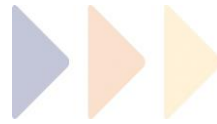
Die Politiker sprachen den anerkannten Träger der Erwachsenenbildung ihre Wertschätzung für ihre systematische Arbeit aus.

Die Projekte werden gefördert durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport bzw. finden in Kooperation mit der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung statt. Sie zielen darauf ab, auch für die künftige Arbeit politische Bildung besser etablieren und umsetzen zu können.

Auf dem **diesjährigen politischen Fachgespräch** wurde eine Zwischenbilanz gezogen und Anregungen für die Fortsetzung der Arbeit in diesem Bereich gegeben.

Zentrale Forderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Für eine verlässliche und langfristige Arbeit im Bereich der politische-gesellschaftliche Bildung benötigen die Einrichtungen eine dauerhafte und zweckgebundene Personalkostenförderung für die Einrichtungen (Beispiel aus Sachsen: hier erfolgt eine Förderung in Höhe einer 0,5 Pädagog*innenstelle pro anerkannter Einrichtung).
2. Politische Bildung soll zusätzlich auf der Grundlage einer Projektförderung unterstützt werden. Diese Mittel werden benötigt für entstehende Sachkosten.
3. Im entsprechenden Haushaltstitel sollen p.a. mittel- bis langfristig
 - mindestens 50T€ für politische Bildung und darüber hinaus
 - mindestens 30T€ für andere Schwerpunkte von besonderem öffentlichen Interesseeingestellt werden.
3. Bei unerwartet brisanten gesellschaftlichen Themen sollen den anerkannten Trägern der Erwachsenenbildung darüber hinaus kurzfristig freie Mittel für relevante Bildungsangebote zur Verfügung gestellt werden.
4. In Bedarfsfällen sollen diese Mittel auch genutzt werden können, um Teilnehmerbeiträge für politische Bildung finanziell zu unterstützen.



Blick ins Fachgespräch am 15.11.2018